

**NACHRICHTEN**

**Gegen Terrorismus und Extremismus**

MINSK: Russland und fünf weitere ehemalige Sowjetrepubliken haben am Mittwoch eine engere Kooperation bei der Bekämpfung von Terrorismus und islamischem Extremismus vereinbart. Der russische Präsident Wladimir Putin und seine Kollegen aus Weissrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan verabschiedeten auf einer Konferenz in der weissrussischen Hauptstadt Minsk neun Dokumente, die eine Wiederbelebung eines Vertrages über kollektive Sicherheit aus dem Jahr 1992 vorsehen. Nachrichtenagenturen meldeten, Russland habe bereits vollständige Pläne für einen Militärschlag gegen Afghanistan ausgearbeitet. Russland wirft Afghanistan vor, tschetschenische Rebellen zu unterstützen. Das Sicherheitsabkommen sieht zudem ein gemeinsames Vorgehen gegen Drogen- und Waffenschmuggel vor. Putin sagte nach der Konferenz, der Vertrag stelle das wichtigste Instrument zur Erhaltung des Friedens in der Gegenwart und der Zukunft dar. An dem Treffen nahmen auch die Aussen- und Verteidigungsminister der Länder teil.

**Spionageprozess gegen iranische Juden**

TEHERAN: In der südiranischen Stadt Schiras ist am Mittwoch die achte und voraussichtlich letzte Runde im Prozess gegen 13 iranische Juden eröffnet worden, die der Spionage für Israel beschuldigt werden. Nach Justizangaben aus Schiras wurden auch die im Februar auf Kaution auf freien Fuss gesetzten drei Angeklagten in das Verfahren einbezogen, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Wie der Vorsitzende des Justizwesens der Provinz Fars, Hussein-Ali Amiri, mitteilte, will sich das Gericht nun mit der Urteilsfindung befassen. Mit dem Spruch wird bis Mitte Juni gerechnet. Bei einer Verurteilung droht den Beschuldigten die Todesstrafe.

**Rugova für rasche Unabhängigkeit**



PARIS: Der gemässigte Albaner-Führer Ibrahim Rugova hat sich gestern in Paris für eine «rasche Unabhängigkeit» des Kosovo und gegen ein «Gross-Albanien» ausgesprochen. Die Schaffung eines grossen Albanien könnte die Region erneut in eine «grosse Tragödie» stürzen, sagte Rugova vor französischen Abgeordneten. «Ich arbeite für die Unabhängigkeit.» Sie werde die Albaner in der Region beruhigen «und auch ein Signal an Belgrad sein, dass die Würfel gefallen sind». Bei den Kommunalwahlen im Oktober im Kosovo steht der LDK-Partei Rugovas als politischer Hauptgegner die Nachfolgeorganisation der UCK-Miliz gegenüber. Auch diese Partei (PPDK; neu Demokratische Partei Kosovos PDK) will ein unabhängiges Kosovo.

**Immunität Pinochets aufgehoben?**

SANTIAGO DE CHILE: Ein chilenisches Gericht hat nach Berichten lokaler Medien die Immunität des früheren Diktators Augusto Pinochet am Dienstag (Ortszeit) aufgehoben. Gerichtspräsident Ruben Ballesteros bestätigte die Berichte zunächst nicht. Die Entscheidung sei gefallen, aber deren Inhalt werde erst in ein bis zwei Wochen nach der Unterzeichnung durch alle 22 Richter bekannt gegeben, sagte Ballesteros. Die Nachrichtenagentur AFP bekam von einem Gerichtsmitarbeiter, der anonym bleiben wollte, allerdings eine Bestätigung für den Beschluss. Pinochet könnte dadurch wegen der Verbrechen unter der Militärdiktatur (1973 - 1990) vor Gericht gestellt werden. Bis zur Rückkehr zur Demokratie fielen mehr als 3000 Menschen der Diktatur zum Opfer. Allerdings ist gegen die Entscheidung des Gerichts noch Berufung beim Obersten Gerichtshof möglich. Die 22 Richter des Plenums des Berufungsgerichts waren am Dienstag überraschend zusammengetreten. Sie entschieden nach den Medienberichten, die Immunität des 84-Jährigen als Senator auf Lebenszeit aufzuheben.

**Rückzug aus dem Südlibanon**

Libanon feiert den israelischen Abzug - Forderungen nach Freigabe der Golanhöhen

JERUSALEM: Israel hat am Mittwoch seine 22 Jahre dauernde Besetzung Südlibanons beendet. Die letzten israelischen Soldaten überschritten im Morgengrauen die Grenze nach Israel, dann schlossen sich die Tore des Zauns.



Mit Hisbollahfahnen freuen sich Israeli und Libanon-Israeli über den geglückten Rückzug. (Bild: Keystone)

Wenig später erschienen in Sichtweite die Kämpfer der islamischen Hisbollah, die seit Jahren für diesen Tag kämpfte. Das von den Israelis geräumte Gebiet wurde bereits weitgehend von der Hisbollah übernommen. Die UNO-Truppe im Libanon (UNIFIL) berichtete nach dem Abzug, es habe keine Zwischenfälle mehr gegeben.

Bei dem Rückzug wurde nach offiziellen Angaben kein israelischer Soldat verletzt. Für die israelische Bevölkerung im Grenzgebiet, welche die Nacht in Bunkern verbrachte, wurde am Morgen Entwarnung gegeben. Kirjat Schmona, die grösste Ortschaft im Norden Israels, blieb am Mittwoch einer Geisterstadt.

**Abzug begrüsst**

Syrien und Libanon begrüsst den Abzug Israels als «echten Sieg». Nun müsse aber noch ein vollständiger Rückzug Israels von den seit 33 Jahren besetzten Golanhöhen folgen. In Moskau sprach man von einem «wichtigen Schritt» im Nahost-Friedensprozess.

Palästinenserpräsident Jassir Arafat sagte, er hoffe, dass Israel

nun auch jene Teile der UNO-Resolutionen 242 und 338 umsetzen werde, welche die Palästinenser betreffen. In Gaza demonstrierten die Menschen mit Plakaten, auf denen stand: «Heute Libanon und morgen Palästina».

**Jubel bei der Rückkehr**

Die Israeli zogen unter dem Schutz von Artilleriefeuer und Luft-

waffe ab. In langen Konvois brachten gepanzerte Fahrzeuge, Truppentransporter und Privatwagen die meist sehr jungen Soldaten zurück nach Israel.

Heimkehrende Soldaten brachen in Jubel aus, als sie israelischen Boden unter den Füßen hatten. «Alles in allem war es die vielen Opfer nicht wert», meinte einer der jungen Männer. Insgesamt sind während

der 22-jährigen Besetzung Südlibanons etwa 1000 israelische Soldaten getötet worden.

Verraten fühlten sich hingegen viele Bewohner des Südlibanons, vor allem dort lebende Christen. «Wir fühlen uns betrogen, die Israelis haben uns die kalte Schulter gezeigt», sagte eine Frau in Mardschajun, wo sich bis zum Vortag noch das Hauptquartier der SLA befand.

**Angst vor längerer Isolation**

Berliner CDU macht Solidaritäts-Reise nach Österreich

WIEN: Die Berliner Regionalfraktion der deutschen Christdemokraten (CDU) reist an diesem Wochenende demonstrativ nach Österreich. Die Klausurtagung ist als Zeichen der Solidarität mit dem unter EU-Druck stehen Land gedacht.

Nach Berliner Angaben vom Mittwoch will der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen am kommenden Freitag auch mit dem

österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil zusammentreffen. «Wir wollen mit der Reise auch ein Zeichen der Solidarität mit unserem südlichen Nachbarland setzen», hatte CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky im Vorfeld erklärt.

Die österreichische Bundesregierung glaubt nicht an ein rasches Ende ihrer politischen Isolierung durch die 14 EU-Partner. Frühes-

tens beim EU-Gipfeltreffen in Porto im kommenden Monat werde sich etwas tun, sagte Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner von der konservativen Volkspartei (ÖVP) am Mittwoch in einem Interview des ORF-Radios. Es bleibe abzuwarten, ob es beim Gipfel zu einer Aufhebung der Sanktionen kommen werde. Die Äusserungen des portugiesischen EU-Ratsvorsitzenden Antonio Guterres seien zwar ermutigend.

**Absage**

BELGRAD: Jugoslawien wird niemals der Kriegsverbrechen angeklagte Bürger an das Haager UN-Kriegsverbrechertribunal ausliefern. Das sagte der jugoslawische Justizminister Petar Jovic gestern in Belgrad. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Tanjug meldete, beschuldigte er in einem Brief an die Chefanklägerin Carla del Ponte das Tribunal im Dienste der NATO und der USA zu stehen um «unschuldige Serben» zu inhaftieren. Er verlangte auch die sofortige Freilassung von Momcilo Krajsnik.

**Einigung bei NATO**

Enge Abstimmung mit USA verlangt

FLORENZ: Die NATO erwartet von den USA eine enge Abstimmung beim Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense, NMD). Das haben die NATO-Aussenminister am Mittwoch bei ihrer Frühjahrstagung in Florenz erklärt.

In den Beratungen hatten zahlreiche europäische NATO-Staaten vor einem Alleingang der USA mit ihren Rakenschutzschild-Plänen gewarnt. Dabei ging es unter anderem um mögliche Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen etwa zu Russland und China.

Im Schlusscommuniqué der Frühjahrstagung heisst es: «Wir begrüßen die Zusicherung der Vereinigten Staaten, dass die Ansichten der Alliierten bei der weiteren Entwicklung ihrer Pläne berücksichtigt werden.»

Unter den europäischen NATO-Staaten gibt es Befürchtungen, dass ein Raketenabwehrsystem der USA den Vertrag über die Raketenabwehr, den Anti Ballistic Missile Treaty (ABM) von 1972, in Frage stellen und eine neue Aufrüstungsspirale in Gang setzen könnte.



Anstrengende Zeiten für Madeleine Albright beim NATO-Meeting in Florenz. (Bild: Keystone)

Moskau ist gegen die US-Pläne und sieht den Vertrag zur Begrenzung nationaler Raketenabwehrsysteme (ABM) von 1972 gefährdet. Der ABM-Vertrag erlaubt Russland und den USA nur je ein lokal eng begrenztes Abwehrsystem.

REKLAME

**GALERIE KOLLER**  
KUNSTGALERIE

**Kunstauktionen in Zürich**  
5. - 8. Juni 2000

Möbel  
Asiatica  
Schmuck  
Porzellan  
Bilder und Graphik des 19./20. Jh.  
weltweite  
Modern Art Auktion  
**Vorbesichtigung**  
26. Mai - 4. Juni  
(1. Juni geschlossen)

Marmorbüste, Simone Blanco, Renaissance, Venedig um 1530/50, Höhe 44 cm.

**KOLLER**  
KUNSTGALERIE  
vom 14. bis 16. Juni

**Repräsentanz in Liechtenstein:**  
von Delchmann AG, Bendorerstrasse 33, FL-9494 Schaan  
Tel. +423 / 232 25 60, Fax +423 / 232 25 40, dvd@delchmann.li  
Kataloge auf Anfrage und im Internet: [www.galeriekoller.ch](http://www.galeriekoller.ch)